

Interpellation Fraktion GFL/EVP (Lukas Gutzwiller, GFL): Wie kann die Raumnutzung der Stadt für kulturelle Angebote optimiert werden?

Gemäss der Abteilung Kultur wird rund ein Viertel der finanziellen Mittel des Kulturbudgets für die Raumnutzung (Miete und Unterhalt) aufgewendet („Kultur Stadt Bern“, Nummer 2 April 2014). Sowohl im Vierjahresplan der städtischen Kulturförderung, welche bis Ende August 2014 in der Vernehmlassung ist, wie auch am runden Tisch mit den Kulturschaffenden vom Januar wird als zentraler Punkt eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Kulturschaffenden angeregt. Aus Sicht der GFL sollen bei der Kulturförderung weniger einzelne „Häuser“ und Institutionen im Vordergrund stehen, sondern gute und spannende Kulturprojekte. Voraussetzung dazu ist eine optimale Raumnutzung durch die verschiedenen Nachfrager und Anbieter.

Die unterschiedlichen Kunstsparten haben bekanntlich auch unterschiedliche Raumannsprüche. Theater, Konzerte, Ballett, bildende Kunst und Literatur brauchen eine sehr unterschiedliche Raumlogistik, welche sich auch bei der zeitlichen Nutzung für Proben etc. widerspiegelt. Auch bei der Planung gibt es grosse Unterschiede: ein Konzert kann mit weniger Vorlauf produziert werden als eine Theaterproduktion, bei welcher die Raumbestätigung unter den bestehenden Vorgaben der Theaterkommission bereits bei Projekteingabe etwa ein Jahr im Voraus vorhanden sein muss. Bei Ausstellungen der bildenden Kunst stehen Sicherheit und Konservierung bei der Raumnutzung im Vordergrund.

Auch bei den Anbietern von Räumlichkeiten gibt es grosse Unterschiede: die „grossen Häuser“ wie KTB, Zentrum Paul Klee und Dampfzentrale haben vor allem grosse Räume zu bieten. Auch die grosse Halle der Reitschule gehört in diese Kategorie und soll zur Optimierung der Logistik saniert werden. Weniger kommerzielle oder traditionelle Kulturproduktionen bis hin zur Jugendkultur und der freien Szene sind aber vermehrt auf kleinere Räume angewiesen. Gerade diese werden auch durch Private und andere Körperschaften (Burgergemeinde, Kanton, Schulen, Kirchen) angeboten. Auch andere Abteilungen der Stadt wie beispielsweise das Jugendamt (Gaskessel) oder die Quartiertreffs kommen als Anbieter von Räumlichkeiten in Frage.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt er die Situation bezüglich Angebot und Nachfrage nach Räumlichkeiten der verschiedenen Sparten?
2. Gibt es eine Auslegeordnung (Portfolio) der bestehenden Räumlichkeiten, deren Miete über einen Leistungsvertrag mit der Stadt abgegolten wird und welche unter anderem auch kulturell genutzt werden können?
3. Welche Anreize für eine optimale Kulturraumnutzung und somit zur Zusammenarbeit der Institutionen können über die Leistungsverträge geschaffen werden? Beispielsweise über eine Kennzahl Belegungsgrad.
4. Ist es denkbar, mit den Mitteln der Kulturförderung einen Wettbewerb für die optimale Raumnutzung unter öffentlichen wie privaten Anbietern zu schaffen?

Begründung der Dringlichkeit

Die neuen Leistungsverträge müssen bis Ende Jahr ausgehandelt werden.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 28. August 2014

Erstunterzeichnende: Lukas Gutzwiller

Mitunterzeichnende: Michael Steiner, Janine Wicki, Matthias Stürmer, Bettina Jans-Troxler, Patrik Wyss, Manuel C. Widmer, Daniel Klauser

Antwort des Gemeinderats

Dem Gemeinderat ist keine akute Raumnot für kulturelle Veranstaltungen bekannt, am ehesten fehlt in Bern ein mittelgrosser Konzertsaal. Hingegen sind die Proberäume knapp. Hier wollen die Institutionen selbst etwas Luft schaffen, indem zum Beispiel Schlachthaus oder Dampfzentrale vermehrt ihre Räume für Proben zur Verfügung stellen. Zudem mietet die Abteilung Kulturelles seit Dezember 2014 einen dafür geeigneten Raum im PROGR, den Theatergruppen tage- und wochenweise für ihre Proben mieten können. Ebenfalls Mangel herrscht an günstigen Ateliers, an Proberäumen (speziell für Musikerinnen und Musiker) und an geeigneten Räumen als Depot für bildende Künstlerinnen und Künstler.

Wie weit die Stadt künftig ihre Liegenschaften an Kulturschaffende und -institutionen günstiger vermieten wird oder bei Zwischennutzungen Kunstschaffende bevorzugt, soll auch im Rahmen der geplanten Erarbeitung einer gesamtstädtischen Kulturstrategie diskutiert und festgelegt werden.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat schätzt die aktuelle Situation als gut ein, anerkennt aber Mängel speziell bei Ateliers und Proberäumen und weiss, dass die Mieten für viele der von der Stadt vermieteten Räumlichkeiten für Kulturschaffende sehr hoch sind.

Zu Frage 2:

Bei den von der Präsidialdirektion, Abteilung Kulturelles, mit Mehrjahresvertrag unterstützen Institutionen sind fünf in städtischen Gebäuden eingemietet. Die folgende Tabelle zeigt die Gesamtsubvention und den Anteil der Miete in Franken und Prozent dieser Institutionen.

	<i>Subvention</i>	<i>davon Miete</i>	
Dampfzentrale	1 916 000.00	640 000.00	33.4 %
Grosse Halle	240 000.00	206 000.00	85.8 %
IKuR	380 000.00	320 000.00	84.2 %
Kornhaus	660 000.00	410 000.00	62.1 %
Schlachthaus Theater	1 190 000.00	240 000.00	20.2 %
	4 386 000.00	1 816 000.00	41.4 %

Eine Übersicht über alle von der Stadt an Institutionen mit Leistungsvertrag vermieteten Räumlichkeiten, die auch für kulturelle Nutzungen geeignet wären, besteht nicht.

Zu Frage 3:

Optimierungsbedarf sieht die Abteilung Kulturelles vor allem bei der Nutzung von Dampfzentrale und Schlachthaus Theater, was mit ein Grund für das Projekt der Zusammenlegung der beiden Institutionen war. Nachdem dieses Ziel nicht mehr vorgegeben ist, ist in beiden Leistungsverträgen eine Öffnung für alle Sparten der Bühnenkünste festgehalten, was - neben der künstlerischen Bereicherung - auch zu einer Optimierung der Raumnutzung führen wird.

Zu Frage 4:

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Kulturräume in der Stadt Bern im Verhältnis zu Angebot und Grösse der Besucherzahlen ausreichend sind und mit den oben beschriebenen Mängeln gelebt werden kann. Optimierungen sind möglich und erwünscht; ein akuter Handlungsbedarf zur Vermehrung der Kulturräume und damit des kulturellen Angebots besteht aber nicht.

Bern, 17. Dezember 2014

Der Gemeinderat